

Niederschrift
der 05. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

Sitzungsdatum: Dienstag, den 08.04.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:05 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Thoralf Pieper

stellv. Vorsitzende/r

Herr Marc Quintana Schmidt

Herr Detlef Lindner

Mitglieder

Frau Ute Bartel

Herr Henrik Gotsch

Frau Nicole Lastovka

Herr Frank Rybka

Herr Jarod Schilke

Herr Rainer Starke

Vertreter

Herr Gerd Schlimper

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Herr Balazs Fazekas

Frau Katrin Fischbeck

Herr Peter Fürst

Herr Torsten Kellotat

Herr Andre Kobsch

Frau Silvana Mundt

Herr Wolfgang Spitz

Frau Heidi Waschki

Frau Kristina Wilcke

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 11.03.2025
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren für die denkmalgerechte Sanierung der „Gorch Fock I“
Vorlage: B 0010/2025
 - 3.2** Annahme einer Schenkung für die Musikschule
Vorlage: B 0006/2025
 - 3.3** Sachspende Schilfbeseitigung Selliner Weg
Vorlage: B 0012/2025
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Kostenlose Parkmöglichkeiten für soziale Dienste in Stralsund
Einreicher: Jürgen Suhr und Ute Bartel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Vorlage: AN 0008/2025
 - 4.2** ortsfeste Displays Dialoganlagen zur Geschwindigkeitsreduzierung
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.
Vorlage: AN 0134/2024
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Vergabe sind 10 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 11.03.2025

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 11.03.2025 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren für die denkmalgerechte Sanierung der „Gorch Fock I“ Vorlage: B 0010/2025

Herr Lindner erfragt, ob die Tatsache korrekt ist, dass bisher kein bewilligter Förderbescheid vorliegt.

Herr Fürst teilt mit, dass Fördermittel des Bundes in Aussicht gestellt wurden. Die Fördermittel hinsichtlich des zweiten Bauabschnittes der Sanierung der Gorch Fock I sind bereits im Bundeshaushalt des Jahres 2022 veranschlagt worden. Diese werden mit Beschluss des Bundeshaushaltes 2025 freigegeben.

Herrn Lindner erscheint das Risiko sehr hoch, da bisher kein bewilligter Bescheid vorliegt. Er steht dem skeptisch gegenüber und erfragt, welche Situation entsteht, sollte es keine Fördermittel seitens des Bundes geben.

Herr Fürst führt dazu aus, dass die beantragten Bundesfördermittel ohne Vorlage einer Museumsplanung nicht ausgezahlt werden und die denkmalgerechte Sanierung der Gorch Fock I allein durch städtische Mittel nicht möglich ist.

Ein Risiko besteht lediglich bei den Planungsleistungen des Museums, hier handelt es sich um einen mittleren fünfstelligen Betrag in Höhe von 50.000 EUR bis 60.000 EUR. Herr Fürst ist jedoch zuversichtlich, dass die Hansestadt Stralsund die Fördermittel erhält.

Er betont, dass die schiffbauliche Prüfung abgeschlossen ist. Der Hansestadt Stralsund liegt dafür ein Prüfbescheid vor, der die 100-prozentige Anerkennung der Kosten, welche die Hansestadt Stralsund veranschlagt hat, bestätigt.

Auf Nachfrage von Herr Schilke erläutert Herr Fürst den zweiten Bauabschnitt. Da der schiffbaufachliche Prüfer nicht auf die Planung von Museen spezialisiert ist, muss ein gesonderter Fachplaner dies übernehmen. Ohne Vorlage einer Museumsplanung erhält die

Hansestadt Stralsund keine Fördermittel. Aus dem genannten Grund ist der Vorschlag von Herrn Schilke, auf die Bestätigung den Bundeshaushalt zu warten, nicht nutzbringend.

Auf Nachfrage von Herrn Rybka teilt Herr Fürst mit, dass die Planungskosten in Höhe von ca. 60.000 EUR in der Gesamtsumme der Konzeption und Planung Museum in Höhe von insgesamt 400.000 EUR enthalten sind. Die Aufschlüsselung ist auf Seite 2, zweiter Absatz, der Beschlussvorlage zu finden.

Es gibt keine weiteren Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 2 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0010/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.2 Annahme einer Schenkung für die Musikschule
Vorlage: B 0006/2025**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0006/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.3 Sachspende Schilfbeseitigung Selliner Weg
Vorlage: B 0012/2025**

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0012/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

**zu 4.1 Kostenlose Parkmöglichkeiten für soziale Dienste in Stralsund
Einreicher: Jürgen Suhr und Ute Bartel, Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Vorlage: AN 0008/2025**

Herr Schilke verweist auf die Anpassung des Antrages im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung. Er gibt zum Hinweis, dass der Antrag bzw. der Beschluss missverständlich formuliert wurde.

Herr Rybka merkt an, dass die AfD-Fraktion die Anpassung des Antrages, die Erhöhung der Parkdauer für soziale Dienste von zwei auf drei Stunden, unterstützt.

Frau Wilcke erläutert die aktuellen Regelungen des Parkens für soziale Dienste. Eine Gebühr für die Genehmigung der Parkkarte bleibt weiterhin bestehen. Sie gibt zum Hinweis, dass mit Anpassung der Parkdauer auch die Gebühren entsprechend angeglichen werden können.

Herr Gotsch beanstandet, dass im Antrag sowie im Beschluss die Handwerkerkarte aufgenommen wurde. Das Ansinnen des Antrages bezieht sich jedoch lediglich auf die Änderung der Parksonderregelung für soziale Dienste. Der Beschluss ist seiner Meinung nach irreführend formuliert.

Frau Wilcke verweist diesbezüglich auf den Protokollauszug der Bürgerschaftssitzung. Hinsichtlich der Handwerkerkarte sollen keine Änderungen vorgenommen werden.

Frau Bartel verweist auf den Titel der Vorlage.

Herr Starke verweist auf die Grundsätzlichkeit sowie auf das Ansinnen des Antrages.

Herr Lindner spricht sich für eine Zurückweisung des Antrages an den Einreicher aus, um diesen konkret zu formulieren. Der vorliegende Antrag ist sehr missverständlich verfasst.

Herr Quintana Schmidt befürwortet eine heutige Abstimmung des Antrages. Die missverständliche Formulierung wurde durch die Verwaltung aufgeklärt.

Frau Bartel spricht sich für den vorliegenden Antrag aus. Sie verweist auf einen langen erneuten Gremienweg bei einer Zurückweisung. Die weiteren Ausschüsse, in welchen der Antrag ebenfalls verwiesen wurde, haben diesen ebenso zur Abstimmung gebracht.

Herr Schilke verweist auf die Formulierung „gebührenfrei“ im Ursprungsantrag. Er betont, dass, falls dieser Zustimmung erlangen sollte, die Gebühr für die Parkkarte entfällt. Er plädiert dahingehend dafür, dass sich den Ausführungen des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung angeschlossen wird.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich mehrheitlich darauf, dass die Parkdauer von zwei auf drei Stunden hinsichtlich der sozialen Dienste erhöht wird. Die übrigen Regelungen bleiben unberührt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 2 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.2 ortsfeste Displays Dialoganlagen zur Geschwindigkeitsreduzierung
Einreicher: Fraktion DIE LINKE.
Vorlage: AN 0134/2024

Auf Nachfrage von Herrn Schlimper teilt Frau Wilcke mit, dass die ortsfesten Displays nicht nur für zwei Schulen angedacht sind, sondern laut Beschluss des Antrages vor sämtlichen Grundschulen im Stadtgebiet angebracht werden sollen. Auf Nachfrage von Herrn Pieper merkt Frau Wilcke an, dass hinsichtlich des finanziellen Aspektes mit 2.000 EUR bis 3.000 EUR für eine Anlage gerechnet werden muss.

Laut Herrn Schilke erzielen derartige Anlagen nicht den gewünschten Effekt. Er sieht keinen verkehrserzieherischen Effekt dadurch. Er hält Verkehrsradaranlagen und/oder Fahrbahnschwellen für geeigneter.

Laut Herrn Quintana Schmidt sensibilisieren die ortsfesten Displays zur Geschwindigkeitsreduzierung die Verkehrsteilnehmer. Er plädiert für den Antrag.

Er sieht dies als eine Investition in die Sicherheit der Kinder in der Hansestadt Stralsund.

Herr Lindner spricht sich für den Antrag im Namen seiner Fraktion aus.

Herr Pieper regt einen Wechsel der Anlagen vor den Grundschulen an.

Laut Frau Wilcke würde es sich um eine Gesamtsumme von ca. 20.000 handeln, wenn an sämtlichen Grundschulen im Stadtgebiet diese Displays angebracht werden.

Herr Pieper merkt an, dass der Haushalt der Hansestadt Stralsund für das Jahr 2025 bereits beschlossen wurde. Aus dem genannten Grund stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag mit der Aufnahme im Haushalt für das Jahr 2026 zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe spricht sich mehrheitlich für den Antrag AN 0134/2024 mit der Änderung hinsichtlich des Haushaltes 2026 aus.

Der Präsident der Bürgerschaft wird entsprechend informiert.

zu 5 Verschiedenes

Herr Kellotat informiert die Mitglieder des Ausschusses über eine aktuelle Stundung sowie einer befristeten Niederschlagung von Forderungen der Hansestadt Stralsund. Er erfragt die zukünftige Handhabung dieser Informationen im Ausschuss. Die Mitglieder einigen sich darauf, dass der Kämmerer einmal im Jahr im Ausschuss über aktuelle Stundungen und Niederschlagungen von Beträgen im fünfstelligen Bereich informiert. Bei Forderungen in Höhe von über 100.000 EUR wird er den Ausschuss für Finanzen und Vergabe eigenständig informieren.

Die Mitglieder haben im öffentlichen Teil der Sitzung keinen weiteren Redebedarf.

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlagen H 0015/2025 und H 0016/2025 gemäß Beschlussvorschlag dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung empfohlen werden.

gez. Thoralf Pieper
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung